

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Krise in London.

Schiedsgerichtsfragen und Räumungsprobleme.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwochabend in Paris verbreiteten Alarmgerüchte über ein Scheitern der Londoner Konferenz haben sich nicht bewahrheitet. Immerhin zeigen die aus London vorliegenden Meldungen, daß auch dort die Lage mit außerordentlichem Ernst betrachtet wird und daß man auch in den Kreisen der interalliierten Delegationen neuerdings sehr ernsthaft mit der Möglichkeit eines unbefriedigenden Ausgangs der Konferenz rechnet.

Dagegen soll Herriot tatsächlich am Mittwoch erklärt haben, daß er den französischen Vorschlag als ein unteilbares Ganzes ansehe, und der „Matin“ behauptet, Herriot sei entschlossen, falls die von Frankreich geforderte Sicherung der Naturlieferungen und Barzahlungen nicht angenommen werde, es zum Bruch kommen zu lassen. Allerdings scheint man am Mittwoch die französische Delegation nicht im Zweifel gelassen zu haben, welche Folgen Frankreich damit nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt anrichten würde, und das starke Sinken des Frank, das die Alarmmeldungen am Mittwochabend in Paris verursacht haben, scheint davon einen kleinen Vorsehmad gegeben zu haben.

Allerdings hat in Frankreich selbst neuerdings auch die Einte, die bisher an Herriots Taktik in London scharfe Kritik geübt hat, sich hinter seine Politik gestellt, und selbst Blätter, wie der „Quotidien“, behaupten, daß die französische Regierung sowohl in der Frage der Sanftionen wie der militärischen Räumung der Ruhr bis an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen sei und daß, wenn es in London trotzdem zum Bruch kommen sollte, die französische Politik sich von jeder Verantwortung frei (?) wisse.

Der Kampf um die Räumungsfristen.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter veröffentlichten eine Reihe weiterer Einzelheiten über den am Mittwoch in seinen Grundzügen mitgeteilten Plan der militärischen Räumung des Ruhrgebiets. Danach soll als Endtermin für den völligen Rückzug der Truppen der 1. August 1926 in Aussicht genommen sein. Die eventuelle frühere Räumung ist abhängig gemacht von den Fortschritten in der Mobilisierung der deutschen Obligationen. Es sind dafür folgende Etappen vorgesehen: Nach voller Zeichnung der 800-Millionen-Anleihe Räumung des Landkreises Hagen, nach Unterbringung der ersten 500 Millionen in Obligationen Räumung von Dortmund, nach Unterbringung weiterer zweimal 500 Millionen Räumung von Bochum bzw. Essen. Die Blätter behaupten, Deutschland habe es auf diese Weise in der Hand, die Räumung zu beschleunigen.

Darin liegt gerade die Ungerechtigkeit dieses französischen Planes, daß die Räumung von der Erfüllung von Bedingungen abhängig gemacht werden soll, die nicht in der Hand Deutschlands liegen. Die Zeichnung der 800-Millionen-Anleihe hängt vom amerikanischen Finanzkapital ab, über die Unterbringung der Industrieobligationen entscheidet die Reparationskommission, während Deutschland nur für die Ausstellung und den Zinsendienst haftbar gemacht werden kann. Deshalb steht dieser Plan im Widerspruch zu dem Geist des Dawes-Gutachtens, und wir bedauern, daß sich Herriot auch hierin wieder einmal zum Sprachrohr seiner militärischen und bürokratischen Mitarbeiter gemacht hat.

London, 31. Juli. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, das Hauptinteresse der gestrigen unformellen Besprechungen der Konferenz lag auf dem französisch-belgischen Plan betreffend die militärische Räumung des Ruhrgebiets bezogen. Dieser Plan könne nur Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Franzosen, Belgiern und Deutschen sein, da Großbritannien nichts damit zu tun habe außer insofern, als die Frage der dadurch entstehenden besonderen Besetzungskosten zu erwägen sein. Der Plan habe insbesondere zur Voraussetzung, daß die

britische Befehung der Kölner Zone bis zur Beendigung der Räumung des Ruhrgebiets verlängert werden müßte. Hiermit werde die Frage der Laufzeit der Besetzungskosten überhaupt aufgetischt. Die französische These sei bis gestern gewesen, daß diese Fristen noch nicht begonnen haben, da Deutschland es unterlassen habe, den Versailler Vertrag auszuführen. Die britische These sei, daß die Fristen von Anfang an zu laufen hätten. Uebrigens hätten die Belgier eine Kompromißformel

aufgestellt. Diese sage, daß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen teilweise erfüllt habe, so daß die Unterbrechung der Laufzeit der Besetzungskosten vom Januar 1923 an datieren würde, wo Deutschland als in Verzug befindlich erklärt wurde. Hiermit würde ermöglicht werden, die Besetzung, wenn sie von den Alliierten für notwendig oder wünschenswert gehalten werde, um 18 Monate bis 2 Jahre über die vom Friedensvertrag festgesetzte Grenze hinaus auszudehnen.

Der Bericht hebt hervor, daß das britische Mitglied der Reparationskommission im Januar 1923 mit seinen Kollegen nicht überein-

gestimmt habe. Dies gestalte die Lage Großbritanniens etwas schwieriger. Eine Ausdehnung der britischen Befehung im Kölner Gebiet könne indessen, abgesehen von der Möglichkeit eines Sonderabkommens mit der deutschen Regierung, von einem anderen Standpunkt aus gerechtfertigt werden, der korrekt sei. Wenn auch nach englischer Auffassung der Vertrag ausdrücklich besage, daß die Befehung des Rheinlandes nach 15 Jahren aufhören soll (außer in besonders bezeichneten Fällen), könne die Räumung der Brückenköpfe von Köln und Koblenz während dieser Periode als eine

besondere Gunst gegenüber Deutschland

betrachtet werden, wenn es sich an den Vertrag halte. Es sei möglich, daß hier ein Kompromiß gefunden und von den Deutschen angenommen werde. Vielleicht würden letztere mißtrauisch sein und fürchten, daß es einen Vorwand für ähnliche Verlängerung der Fristen in anderen als im Kölner Gebiet geben werde. Der Vertrag aber müsse in diesem Zusammenhang die Deutschen beruhigen, denn er besage ausdrücklich, daß keine einmal geräumte Zone wieder besetzt werden dürfe, außer, wenn Deutschland von der Reparationskommission in Verzug erklärt werde.

London, 31. Juli. (WTB.) „Times“ schreibt, Herriot selbst habe sich zur völligen Räumung des rechtsrheinischen Gebietes verpflichtet, aber er habe sich offensichtlich von den Mitgliedern seiner Delegation überreden lassen, die die Frage der Zurückziehung der Truppen als ein Mittel zu weiterem Druck gegenüber Deutschland zu benutzen wünschten. Die Franzosen erklärten sich auch nicht zufrieden mit dem Vorschlage, daß der Dawes-Plan als am 15. Oktober in Kraft befindlich betrachtet werden soll, sondern sie wollten sicher sein, daß er Ergebnisse zeitige, und wollten daher die Räumung abhängig machen von der Schnelligkeit, mit der die deutsche Anleihe tatsächlich aufgenommen werde, die Anleihe verkauft, die Schuld an die Gläubiger abgetragen werde usw. Die ursprüngliche Formel der Franzosen sei gewesen, die Räumung von deutschen Zahlungen abhängig zu machen. Jetzt gebe sie dahin, sie von der Ausführung des Dawes-Plans abhängig zu machen. Dies bilde die Grundlage des neuen französischen Memorandums. „Times“ bemerkt, es verlautet, daß die Franzosen und Belgier verlangten, daß der Plan, der in der Hauptsache nur sie und die Deutschen angehe, nicht vor die Konferenz in ihrer Gesamtheit komme; andererseits aber sei er offenbar eng verknüpft mit der Frage der wirtschaftlichen Räumung, die alle Alliierten angehe. Das Blatt schließt, die französisch-belgischen Vorschläge betr. die Räumung und die Frage des Verzuges hätten gestern abend eine hoffnungsvollere Atmosphäre geschaffen. Sie deuten aber offensichtlich auf eine längere Dauer der Konferenz.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ äußert sich über den französischen Vorschlag betr. Sicherheit für die deutsche Anleihe sehr optimistisch und meint, die großen Sieben hätten den Hauptgrundsatz des französischen Planes gebilligt und ihn „mit ihrem Segen versehen“ und an die Komitees verwiesen. Die Bankiers hätten ebenfalls ihrer Befriedigung Ausdruck gegeben. Was allerdings die Frage der Ruhräumung betreffe, so sei es höchst unwahrscheinlich, daß die Deutschen den französischen Vorschlag annehmen würden, aber die Tatsache allein, daß die Anregung gemacht worden sei und daß die Franzosen bereit seien, die Sache zu besprechen, sei ein entscheidender Fortschritt.

Die Reparationskommission in London.

London, 31. Juli. (Eca.) Die Reparationskommission ist gestern abend um 11 Uhr in London angekommen. Sofort nach der Ankunft begaben sich die französischen Delegierten Barthou und Rauclair nach dem Hyde-Park-Hotel, wo sie eine längere Unterredung mit Herriot hatten. Die Reparationskommission wird heute morgen zu einer Sitzung zusammentreten.

Prüfung der deutschen Gesehe.

Paris, 31. Juli. (Eca.) Die „Information“ meldet über den Stand der Verhandlungen in der Reparationskommission hinsichtlich der deutschen Gesehe zur Durchführung des Sachverständigenplanes, die Reparationskommission habe den Gesehentwurf hinsichtlich der Industrieobligationen mit zahlreichen Abänderungsanträgen und Bemerkungen an eine gemischte Kommission verwiesen. Augenblicklich sei sie dabei, den Gesehentwurf über die Goldnotenbank zu prüfen, und habe auch hier schon eine gewisse Anzahl Einwendungen gemacht. Weiter prüfe sie den Gesehentwurf über die Reichseisenbahngesellschaft. Jedenfalls habe die Kommission bis jetzt keinen der drei Gesehentwürfe endgültig angenommen, und die gemischte Kommission, die sich mit dem Studium der Kontrolle der Budgeteinnahmen des Reiches befaßt, habe ihren Bericht auch noch nicht beendet.

Poincaré und Hughes.

Paris, 31. Juli. (WTB.) Nach dem „New York Herald“ hat Poincaré in seiner gestrigen Unterredung mit Staatssekretär Hughes betont, daß weder Herriot noch irgendein anderer seiner Nachfolger sich im Amt halten könnte, wenn die Politik des Selbstschutzes und der direkten Erzwingung von Reparationen, die jetzt zwei Jahre hindurch bestanden hätten, eine einschneidende Änderung erfähre. Hughes habe große persönliche Sympathien für den französischen Standpunkt zum Ausdruck gebracht, aber darauf gedrungen, daß französischerseits das Neueste geschehe, um einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu schaffen. Poincaré reife morgen nach Lüttich, und falls Staatssekretär Hughes über Samstag hinaus in Brüssel bleiben sollte, sei die Möglichkeit gegeben, daß die beiden Diplomaten eine weitere Aussprache hätten, ehe Hughes mit den deutschen maßgebenden Persönlichkeiten Fühlung nehme.

Die deutsche Reichspost.

Von Willy Steinkopf.

Das Postfinanzgesetz hat die Deutsche Reichspost von dem allgemeinen Reichshaushalt losgelöst und ihr als wirtschaftliches Reichsinstitut eine gewisse Selbstständigkeit gegeben. Sie sollte fortan nicht mehr bürokratisch, sondern kaufmännisch verwaltet werden und unter der Einwirkung kaufmännisch-freiheitlichen Geistes einen neuen Aufschwung nehmen.

Die Sache war vielleicht ganz gut gemeint, und wenn im alten Reichstag viele Politiker schwere Bedenken gegen diese Regelung zurückgestellt und dem Postfinanzgesetz zugestimmt haben, so geschah das unter dem Eindruck der Inflation und in der Hoffnung, auch auf diesem Wege dem Volk Hilfe zu bringen.

Leider hat aber die kurze bisherige Entwicklung bereits zur Genüge bewiesen, daß der eingeschlagene Weg falsch ist. Nicht nur, daß von einem anderen Geist nichts zu spüren ist, hat die ausgeschaltete scharfe Ueberwachung und Kritik der unabhängigen Volksvertretung zu einem Zustand geführt, der kürzlich im Haushaltsausschuß des Reichstags als „Verkapfplung des Bürokratismus“ treffend charakterisiert wurde.

Als der neue Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost zum erstenmal zusammentrat, wurde ihm ein Etat vorgelegt, der u. a. in vielen Zahlen das in Reichs- und Staatspapieren angelegte Kapital der Reichspost aufführte, das zusammengekommen noch nicht eine Rentenmark ausmachte. Der Verwaltungsrat wies denn auch diesen „Etat“ zurück und verlangte die Vorlegung eines vernünftigen kaufmännischen Vorschlages bis zum 31. Juli. Er ist rechtzeitig vorgelegt worden, jedoch gleich er dem ersten Etat wie ein Ei dem anderen, nur daß er in Goldmark figurierte. Von einer Eröffnungsbilanz, wenn man will, und anderen kaufmännischen Gepflogenheiten war gar keine Rede.

Verabschiedet wurde der Etat auch diesmal nicht, und zwar aus dem Grunde, weil durch den Widerstand des Reichsfinanzministeriums die gründlich verfahrenere Personalorganisation der Postverwaltung noch immer nicht gelöst ist, und der Verwaltungsrat durch die Nichtverabschiedung seinen Protest gegen den Finanzminister zum Ausdruck bringen und auf ihn zugunsten der Lösung jener Frage einen Druck ausüben wollte. Man mag zu dieser neuartigen Tatsache — das Weiterwirtschaften auf Grund des vorgelegten Etats ist dem Reichspostministerium genehmigt worden — stehen wie man will. Sicher ist, daß sie die einzige verdienstvolle Tat des Verwaltungsrats darstellt.

Um das übrige, außer der Personalfrage und Wünschen nach billigeren Tarifen, hat sich der Verwaltungsrat fast gar nicht gekümmert. Und hierin unterscheiden sich die ins einzelne gehenden Etatsberatungen im Reichstag von denen im Verwaltungsrat abgrundtiefer. Dort stand der Postverwaltung der unabhängige Abgeordnete mit unerschütterlicher Kritik und genauester Auskunft gegenüber. Hier ist der aus Vertretern der Wirtschaft, des Reichstags, des Reichsrats und des Personals zusammengesetzte Verwaltungsrat, der schließlich doch eine andere Stellung einnimmt als die Volksvertretung. Hinzu kommt noch, daß infolge wichtiger Reichstagsitzungen die Mitglieder des Reichstags an den Beratungen nur zu einem geringen Teil teilnehmen konnten, was oft der Fall sein wird. Die Folge ist, daß sich unverkennbar eine Art Autokratie des leitenden Staatssekretärs bemerkbar macht, die leider dadurch noch verstärkt wird, daß der Reichspostminister Dr. Höfle, mit zwei Ressorts belastet und von der politischen Entwicklung aufs äußerste in Anspruch genommen, offenbar nicht genügend Zeit findet, dieser Entwicklung seine volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Einige Beispiele. Aus den umlaufenden Postspardgeldern, aus den Rücklagen und Ueberschüssen der Deutschen Reichspost stehen der Post zurzeit etwa rund 400 Millionen Mark zur freien Verfügung. Jeder Denkbare wird als selbstverständlich annehmen, daß diese Gelder so angelegt werden, daß sie dem Nutzen der Allgemeinheit dienen und ihr Mißbrauch verhindert ist. Was ist jedoch geschehen? — Ohne auch nur den Verwaltungsrat oder seinen Arbeitsausschuß zu fragen, sind die Gelder, und zwar in Beträgen bis zu fast vier Duzend Millionen Mark, langfristig und zu minimalen Zinsen Firmen zur Verfügung gestellt worden, die bei der großen Geldknappheit nun ihrerseits als große Geldgeber auftraten und durch Zuschlag unerhöhter Wucherzinsen Riesengewinne gemacht haben. Diese Methode ist jetzt, nachdem sie ruckbar wurde, vorbei. Immerhin hat die Deutsche Reichspost neuerdings einigen wenigen großen Banken in Berlin das Monopol auf ihre Gelder eingeräumt. Wer von der Post Kredit haben will, muß sich einer dieser Banken bedienen. Was die Bank tatsächlich — nicht, was sie angibt — daran verdient, und was mit dem Geld geschieht, ob es zum Nachteil der Allgemeinheit verwendet wird, darum kümmert sich die Post nicht. Denn, so sagt sie, die Banken stehen ihr für den Betrag gut!

Was sagt nun der Verwaltungsrat dazu? — Nichts! Er ist in einer Entschließung damit einverstanden, daß die verfügbaren Gelder nach „den mit der Reichsfinanzverwaltung und der Reichsbank vereinbarten Richtlinien“ angelegt wird, die er aber gar nicht kennt. Auch genügt es ihm, daß die Reichsbank vertraulich darüber Auskunft erhält, wer Gelder bekommen hat und wie hoch die Summe ist. Um die Bedingungen der Ausleihung kümmert er sich nicht.

Niemand wird behaupten wollen, daß diese überaus wichtige Frage damit gelöst ist. Dies um so weniger, als auf Anfrage die Deutsche Reichspost erklärt hat, daß sie es ablehnen müsse, z. B. Gelder für die produktive Erwerbslosenfürsorge herzugeben. Diese Haltung



des Verwaltungsrates beweist, daß es so einfach nicht mehr weitergehen kann. Die Frage kommt denn auch in Kürze im Reichstag zur Sprache. Sämtliche Parteien haben in einer Entschließung hierüber Auskunft verlangt.

Etwas anderes. Die Postverwaltung hat einen brutalen Abbau durchgeführt und dabei auch — eine eigenartige Erscheinung — verhältnismäßig junge und arbeitsfähige weibliche Beamte auf Wartegeld gesetzt. Dessenungeachtet und ohne Rücksicht darauf, daß mit der fortschreitenden Automatisierung des Telephonbetriebes immer mehr weibliches Personal überzählig wird, sowie daß ferner etwa notwendig werdender Bedarf mit Leichtigkeit aus dem weiblichen Personalbestand der Postämter gedeckt werden kann, was wiederum Lust für die männlichen Beamten schafft, steht die Deutsche Reichspost im Begriff, 1200 Helferinnen in das Beamtenverhältnis zu übernehmen. Die Folge wird sein, daß über kurz oder lang ein großer Teil dieser weiblichen Beamten wird abgebaut werden müssen und dem Reich dabei große Kosten für nichts und wieder nichts entstehen. Es ist ausgeschlossen, daß die Deutsche Reichspost hiermit beim Reichstag durchgekommen wäre. Dies schon deshalb nicht, weil die Einstellungssperre für Beamte besteht. Der Verwaltungsrat aber hätte dagegen nichts einzuwenden. Hinzugefügt sei hier noch, daß behauptet wird, es seien bei der Deutschen Reichspost mancherorts mehr neue Hilfskräfte eingestellt worden, als Beamte überhaupt abgebaut worden sind. Eine Nachprüfung war nicht möglich, weil der leitende Staatssekretär eine genaue Auskunft darüber ablehnte.

Auch hinsichtlich der Grundforderungen des Personals hat sich der Verwaltungsrat so eigenartig wie nur möglich eingestellt, wenn man von der einen Entschließung über die Richtungsveränderung des Etats absteht.

Die Beamten der Deutschen Reichspost und mit ihr die gesamte Reichsbeamtenschaft kämpfen um die Befreiung des neunstündigen Mindestarbeitstages. Der sozialdemokratische Antrag ist im 14. Ausschuß des Reichstags einstimmig angenommen worden und liegt jetzt dem Haushaltsausschuß zur Beschlußfassung vor. Um den Beschluß des 14. Reichstagsausschusses zu stützen und weil es doch einfach selbstverständlich ist, daß der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost an einer solchen Frage nicht vorübergehen kann, wurde von sozialdemokratischer Seite der gleiche Antrag gestellt und hinzugefügt, daß die Neuregelung der Arbeitszeit für alle Postbediensteten unter grundsätzlicher Wahrung des achttündigen Arbeitstages erfolgen sollte.

Das Ergebnis war, daß der Antrag abgelehnt wurde. Dagegen stimmte sogar ein Teil der Personalvertretung, und zwar höhere Beamte, und die meisten Reichsratsvertreter. Unter diesen auch die Vertreter jener Länder, die für ihre eigenen Beamten den Achttundentag beibehalten haben. Unzweifelhaft wurde das Ergebnis dadurch stark beeinflusst, daß der leitende Staatssekretär den Antrag leidenschaftlich bekämpfte und die möglicherweise entstehenden Kosten auf 70 Millionen jährlich angab. Diese Stellungnahme muß um so peinlicher berühren, als der neueste Ausweis der Deutschen Reichspost-Finanzien ergibt, daß bereits im ersten Vierteljahr des Etatsjahres 1924/25 außer den Rücklagen um ein Ueberschuß von 36,5 Millionen Mark erzielt worden ist. Soll man aus diesem Vorgang einen Schluß ziehen, so scheint man auf die alte Methode „hohe Ueberschüsse auf Kosten der Knochen des Personals“ direkt loszusteuern.

Genau wie dem Antrag über die Arbeitszeit erging es dem über die Gewährung des ungeführten Urlaubs. Auch hier ergab sich bei der Abstimmung das gleiche Bild. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, der will, daß die Reichsbeamten nicht schlechter gestellt werden als die Länderbeamten. Der Unterschied zwischen den beiden Anträgen liegt darin, daß man im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost zu einem großen Teil auch die Urlaubskürzung für die Länderbeamten wünscht und deshalb dem Antrage zustimmte.

Schließlich lehnte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost mit derselben Mehrheit noch den Antrag ab, überall

dort, wo es dienstlich angängig ist, die ungeteilte Dienstzeit wieder einzuführen. Damit ist er wie bei der Dienstzeitfrage der gesamten Reichsbeamtenschaft in den Rücken gefallen, weil genau derselbe Antrag im 14. Reichstagsausschuß — von der SPD. gestellt — einstimmig angenommen worden ist und der Verabschiedung durch den Haushaltsausschuß harret.

Wenn man zu dem allen noch hinzusetzt, daß auch eine nennenswerte Verbesserung der Betriebsbedingungen nicht erfolgt ist — die Berliner Telephonverhältnisse z. B. schreien nach wie vor zum Himmel —, auch trotz der Ueberschüsse nicht daran gedacht wird, die übertriebenen hohen Gebühren für Telegraph und Telephon einer Revision zu unterziehen — der Einziehungsmodus für Telephongebühren ist übrigens jetzt in kurzer Zeit zum fünften Mal geändert worden —, wird niemand behaupten wollen, daß die neue Betriebsform der Deutschen Reichspost sich auch nur Geltung verschafft hat, von einer Bewahrung ganz zu schweigen.

In Wirklichkeit ist also genau das Gegenteil erreicht worden, was mit dem Postfinanzgesetz beabsichtigt wurde. Ein freiheitlich-taufmännischer Geist ist nicht eingezogen, dafür aber blüht der Bureaucratismus in Reinkultur. Und die Beamten, die im Reichstag an den Parteien immerhin eine starke Stütze hatten, sind aus dem Regen in die Traufe gekommen. Daran ändern die wenigen Stimmen der unteren und mittleren Beamten im Verwaltungsrat gar nichts.

Deshalb kann es mit der Deutschen Reichspost so nicht weitergehen. Der Fehler ist von den verschiedensten Seiten erkannt worden und muß ausgemerzt werden. Dies erfordert die gründliche Revision des Postfinanzgesetzes.

## Der kommende Bürgerblock.

Ein Appell der „Frankfurter Zeitung“.

Immer deutlicher zeigt sich das Bestreben, den kommenden Bürgerblock vorzubereiten. Die Stimmen aus bürgerlichen Kreisen, die sich gegen diese Bemühungen richten, sind vereinzelt und ohne Kraft. Das deutsche Bürgertum ist nun einmal in seiner großen Mehrheit ohne politische Ideale und ohne politische Weltbild. Es denkt nur an das Nächstliegende, an die bevorstehende Verteilung der Lasten. In der Gleichmäßigkeit, mit der der Abbau von Sozialdemokraten aus Verwaltungsstellen überall und ausnahmslos von allen bürgerlichen Parteien einschließend des Zentrums und der Demokraten vorgenommen wird, kommt die ganze Trostlosigkeit mangelnder politischer Schulung auch bei den bürgerlichen Mittelparteien zum Ausdruck. Trotzdem ist es nicht uninteressant, einschlägige Stimmen aus bürgerlichen Kreisen zu hören, die sich gegen diese kurzfristigen Tendenzen wenden und die die Gefahren deutlich kennzeichnen, die daraus entstehen müssen. In der „Frankfurter Zeitung“ wird in einem Leitartikel der Drang nach dem Bürgerblock sehr deutlich charakterisiert:

„Herr Stresemann mag in London Gelegenheit haben, zu erfordern, wie der außenpolitische Einfluß eines solchen Verfahrens sein würde. Nach ausländischen Pressstimmen ist es schon deutlich. Wir wollen heute nur von der Wirkung nach innen sprechen, und da ist zu sagen: Es wäre eine grenzenlose Treulosigkeit und eine grenzenlose Torheit zugleich, wenn man erst mit der Linken die Reparationspolitik macht, wenn man die Linke wie in den letzten Jahren jetzt wieder das ganze Odium und die ganze Verantwortung für eine zunächst unpopuläre, aber für die Rettung des Volkes einfach unentbehrliche Politik auf sich nehmen ließe, und wenn man dann, nachdem die Linke ihre Schuldigkeit getan hat, sie höhrend verabschiedet, um die Macht über den Staat, um die Bestimmung über die weitere innere Entwicklung, die Bestimmung über die Verteilung der Reparationslasten nun der Reaktion in die Hände zu spielen. Wäre Schmähsüßeres denkbar? Wir sprechen vor allem zu der Linken, die rechtzeitig gewarnt ist und die alles daran setzen muß, ein solches Spiel, wenn es wirklich versucht wird, zu vereiteln.“

Was wir brauchen, ist das Gegenteil, ist das Gemeinschaftsbewußtsein der deutschen Linken, dieses Gemeinschaftsbewußtsein, das von den Wahlen zur Nationalversammlung

an von Deutschland gerettet hat, was noch gerettet werden konnte, und das jetzt wieder lebendig und wirksam gemacht werden muß. Die Aufgabe, dies zu tun, liegt in erster Linie bei der Demokratischen Partei und bei dem linken Flügel des Zentrums. Für beide handelt es sich darum, das aufrecht zu erhalten, was überhaupt Grundzüge und Rechtfertigung ihrer Existenz ist. Das eine muß es jetzt darum sein, sich dem Drange nach rechts, dem Drange nach dem Bürgerblock mit allen Kräften zu widersetzen und durch eine konkrete Verständigung mit der Sozialdemokratie über die unmittelbare zu lösenden Aufgaben wieder einen Block der deutschen Linken aufzurichten, der stark genug ist, auch die nach rechts drängenden Teile der Regierungskoalition bei sich zu halten.“

Die „Frankfurter Zeitung“ verbindet diesen deutschen Appell an die Mittelparteien mit einer tadelnden Bemerkung an die Adresse der Sozialdemokratie. Sie findet, daß die Erörterungen in der Sozialdemokratie über das, was angesichts des sich deutlich ankündigenden Verhaltens der bürgerlichen Parteien zu geschehen hat, „allzu parteipolitisch bestimmt“ seien, und daß aus diesen Erwägungen nichts anderes herauskomme als „Parteiegoismus, der nur an die nächste Agitation denkt“. Die „Frankfurter Zeitung“ vergißt bei dieser Bemerkung an unsere Adresse leider nur, daß zu dem von ihr geforderten „Gemeinschaftsbewußtsein der deutschen Linken“ und zu der „konkreten Verständigung mit der Sozialdemokratie“ nicht nur die Sozialdemokratie allein gehört, sondern auch der Gegenkontrahent, der die Absicht hat, einen solchen Weg der Verständigung zu beschreiten und das Hochkommen der Reaktion in Deutschland unmöglich zu machen. Wir sehen bisher leider bei den Mittelparteien keine ernsthaften Versuche, der Bürgerblockpropaganda von vornherein entgegenzutreten und Politik mit der Arbeiterschaft zu machen. Sieht etwa die „Frankfurter Zeitung“ solche Arbeit? Wir glauben, daß auch sie sie nicht sieht, und daß ihre Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie nur ein rhetorisches Hilfsmittel sind und lediglich den Appell an die bürgerliche Linke verkleiden sollen. Die Sozialdemokratie hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ selber zugeben muß, bewiesen, daß sie auch unter Opfern mit anderen zusammengehen will. Wenn aber die bürgerlichen Kreise diese an sich einzig mögliche Politik nicht wollen, dann verschone man die Sozialdemokratie mit Vorwürfen darüber, daß sie nur an sich denke. Die Verantwortung für die innere Entwicklung Deutschlands liegt heute ausschließlich bei den Mittelparteien. Es wäre gut, wenn alle, die es angeht, sich darüber im klaren wären und nicht versuchen, eine klare Verantwortung zu verschleiben.

## Das Verbot der Friedhofsfeier.

Der preussische Minister des Innern hatte für die Feier zum Gedenten der Kriegsoffer in Berlin am kommenden Sonntag festbestimmt, daß nicht zugleich mit der Feier vor dem Reichstag andere Gedächtnisfeiern stattfinden dürfen, weil die Feier vor dem Reichstag als Trauerkundgebung im Namen des ganzen Reiches gedacht ist. Wenn also das Berliner Polizeipräsidium — Polizeipräsident Genosse Richter ist zurzeit nicht in Berlin — die von der jüdischen Gemeinde geplante Feier auf dem Weisker Friedhof verboten hat, so ist damit die Anordnung des Ministers unrichtig ausgelegt worden. Der Reichsminister des Innern hat erst durch die Beschwerde der jüdischen Gemeinde von dem Verbot erfahren und sich alsbald mit dem preussischen Innenminister in Verbindung gesetzt, damit diese Feier gestattet werde. Sie wird also voraussichtlich auch stattfinden, nur zu einer anderen Stunde als die Feier vor dem Reichstag.

Die Münchener Besprechung über die Eisenbahnfrage. Gestern vormittag 10 Uhr haben die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich in der Eisenbahnfrage im Ministerium des Inneren begonnen. Vom Reich sind Reichsfinanzminister Dr. Luther und Reichsverkehrsminister Döber mit mehreren Referenten zu den Verhandlungen nach München gekommen. Den Vorsitz führte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held. Von bayerischer Seite nahmen Handelsminister Dr. v. Weinel und Finanzminister Krauß mit mehreren Referenten an den Beratungen teil. Die Konferenz umfaßt im ganzen etwa 20 Personen.

## Der Fliegenfänger.

Von Erna Büsing.

Unter der Lampe hängt er, der Fliegenfänger. Als etwas Leimiges, Klebriges schraubt er sich herob. Die Fliegen in der Stube, große und kleine, sind unaufhörlich von dem Gedanken erfüllt, wie verschaffe ich mir Nahrung. Der Hunger, bei Tieren nennt man es Fresslust, ist der allmächtige Motor, der ihr ganzes Sein dirigiert. Getrieben vom Sättigungsbedürfnis jagen sie hierhin und dorthin, tippen über Pöschpapier, laischen durch Zigarettenasche und durchführen den futzgehorrenen Nüssel eines Leddbären. Sie haben es schwer in diesem Zimmer, die Fliegen, denn nichts Ekbareres kommt je hinein. Doch unter der Lampe hängt der Fliegenfänger, und sie stürzen auf ihn zu. Mit Fühlern, Flügeln oder Beinen geraten sie in den zähen Brei. Sie kämpfen unter Einwirkung aller Kraft um ihr bisheriges Leben, verleben immer mehr und sind schließlich nur noch eine Leimerhöhung auf dem Streifen des Fliegenfängers. Doch der Fliegenfänger hat nichts mit Tierquälerei zu tun, denn sein tödlicher Saft enthält ein Betäubungsmittel, das steht schwarz auf blau an der kleinen Papprolle, in der er verpackt ist. Das ist ein Trost für alle Fliegen und ein erhabenes Zeugnis menschlichen Mitgeföhls.

Ich denke, Tier und Mensch sind doch überhaupt nicht miteinander in irgendeinem Vergleich zu stellen. Und namentlich diese Fliegen haben keinerlei Verständigungsmöglichkeiten untereinander; hätten sie die, dann würden sie sich doch warnen. Dann könnte doch nur eine einzige Fliege an dem Fliegenfänger leben. Aber wir Menschen!!! Wir stehen nicht nur auf den Erfahrungen unserer Vorfahren, wir machen uns die Erfahrung eines jedes Mitmenschen zunutze. Aus einem Straßbahnunfall in Tokio zieht womöglich das Verkehrsleben in Paris seine Vorteile.

Ich sehe durch das Fenster auf die Straße. Es spricht die Straße und auf ihr der Krieg und seine Folgen. Ein großer Hund zerrt einen Blinden über den Fahrdamm, ein Säugling wird von seiner Frau geführt, unterernährte Kinder marschieren in Reih' und Glied nach dem Bahnhof, um ins mildtätige Ausland verschickt zu werden, und weiter weiß ich, daß das Frieren des Unterernährten recht deutlich über manches Menschen haut riefelt. Da erblicke ich einen Hiernachigen Mann in dreifachtrigem, aufrechtem Selbstbewußtsein über das Pflaster schreiben. Oh, es ist ein Prominenter, ein ganz Großer im geistigen Bereich der Menschen, denn seine wissenschaftliche Begründung der Notwendigkeit der Kriege, der Feigheit des Pazifismus und der Verweichlichung durch den Frieden werden in einer gewissen Tagespresse Tag für Tag erörtert.

Ich sehe auf den Fliegenfänger, ich sehe auf die Straße und ich denke: „Wie gut ist es doch, daß die Menschen einander warnen können.“ Nur daß ich es jetzt in Anführungsstriche sehe.

Gegen den Federicus-Aukt mündet sich Walter von Molo, der Schöpfer der Federicus-Trilogie. Er schreibt u. a. ... Es wäre Pflicht, den Charakter des genialsten deutschen Fürsten nicht zu mißbrauchen, ihn nicht zu umhüllen, nicht den Versuch zu machen, ihn umzulügen, für parteiische und daher kleinliche und häßliche Zwecke.“

Molo, der zum ersten Male versucht hat, die Gestalt rein menschlich zu fassen, ist sicherlich einer der kompetentesten Sachverständigen in diesen Fragen. Seinem „Federicus“, der aus einer höfungsloserschen Legendensfigur wieder Mensch geworden war, wurde während des Krieges die Veröffentlichungsmöglichkeit durch Zensur und andere Bedenken unterzogen. Obwohl sein Buch sicherlich zum Entstehen des Kults beigetragen hat, ist es doch ungeschuldig an dieser kindischen Vergottung und der trüben Hoffnung, die sich möglich an seinen Namen haften. Molo trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er diese Suche so kennzeichnet:

„Ihn neuerlich zur letzten Hurrfigur, zum Fährleiden mit Tendenz zu machen, zur Operettenfigur, zur Götzenfigur, die man anbetet, statt in der eigenen Brust den Federicus in uns zu suchen, nach den wahrhaft menschlichen Qualitäten zu graben, die in jedem Menschen mehr oder weniger schlummern, die er bloß in höchster einzigartiger Konzentration besaß, ist Verbrechen.“

Der größte Umschlaghafen der Welt. Duisburg am Niederrhein ist dank seiner günstigen geographischen Lage am Zusammenfluß von Rhein und Ruhr im Laufe der Zeit zum größten Umschlaghafen der Welt geworden. Die Menge Güter, die hier verladen werden, übersteigt die der größten Seehäfen. Dies läßt sich, wie F. Schuermann in einem Aufsatz von „Welt, Reederlei, Hafen“ ausführlich, aus den Zahlen für das Jahr 1918 erkennen. Demais betragen die Umschlagmengen für den Londoner Hafen 10,7 Millionen Tonnen, für Hongkong 23 Mill. Tonnen, für New York 24 Mill. Tonnen, für Duisburg-Ruhrort 28 Mill. Tonnen und einschließend aller Häfen- und Seehäfen 40 Mill. Tonnen. Der Duisburger Hafen ist danach nicht nur der gewaltigste Flußhafen der Welt, sondern einer der bedeutendsten Häfen des Weltverkehrs überhaupt. Von den 28 Mill. Tonnen Güterumschlag waren 18 Mill. Tonnen Kohlen. Die Bedeutung dieser Zahlen kann man sich vergegenwärtigen, wenn man bedenkt, daß auf 300 Arbeitstage verteilt, täglich 60 000 Tonnen verladen werden müssen, was bei Eisenbahnwagen von 16 Tonnen Tragkraft täglich 4000 Wagenladungen ergibt. Bei 8 Arbeitsstunden heißt das stündlich etwa 500 Wagenladungen und 6 1/2 Wagen in der Minute. Die Krane, die bei diesem gewaltigen Umschlagverkehr verwendet werden, sind mit den neuesten Verbesserungen versehen, und die ganze Anlage des Hafens ist so vorbildlich, daß Stauungen und Uebersättigungen kaum vorkommen. „Das Leben und Treiben im Hafen bietet ein abwechslungsreiches, fesselndes Bild“, schreibt der Verfasser. „Die zahlreichen, mit Gütern aller Art beladenen Schiffe, wie Schiffe, Dampfer und kleinen Boote, die Klappbrücken, die sich beim Herannahen eines Schiffes geräuschlos öffnen, um sich gleich nach seiner Durchfahrt wieder zu schließen, so daß der mächtige Verkehr nur wenige Minuten unterbrochen wird, das Spiel der Hebezeuge, die die Lasten leicht

demächtigen, alles läßt den Fußschock eines Reihigen, unternehmenden Volkes verspüren. Wer einmal eine Fahrt durch die Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen gemacht hat, wird eine lebende Erinnerung an die Bedeutung dieses mächtigen Binnenhafens mitnehmen.“

Effektiver Sozialismus. Karl Rauisch hat die Periode der sozialdemokratischen Literatur vor der Gründung der „Neuen Zeit“ als die Zeit des „effektiven Sozialismus“ bezeichnet. Eine sehr glückliche und charakteristische Bezeichnung! Unter den Effektikern verstand nämlich die Philosophie die Weltweisen, die sich bemühten, die Lehren der Pythagoräer, des Platon, des Aristoteles usw. zu einem System zu verschmelzen. Sie hießen „Auswähler“ — Effektiker. Vor dem Erscheinen der „Neuen Zeit“ machte sich der „effektive Sozialismus“ in Deutschland breit, der den Lassalleischen, Robbertusischen, Bangeschen und Dühringischen Sozialismus mit dem Margismus zu vereinigen suchte. Dieser „effektive Sozialismus“ folgte auf den Sozialismus. In dem Artikel „Das Buch im Dienste der Freiheit“ (Nr. 354) ist durch einen Druckfehler der effektive in einen elektrischen Sozialismus verwandelt worden.

Der Verkauf der „Leddy-Expedition“. Aus Kenjavit (Island) kamen gestern zahlreiche telegraphische Berichte über die Leddy-Mannschaft, die man seit einem Jahr im Eismeer verloren glaubte. Sie hat auf Shackletons altem Expeditionschiff Island wohlbehalten erreicht. Nach dem ersten ausführlichen Telegramm, das „Berlinsche Tidende“ aus Island erhalten hat, verließ die Leddy-Expedition folgendermaßen: Mit dem 7. September 1923 beginnt Leddy's Todeskampf an der berühmten Liverpool-Küste, genau an derselben Stelle, wo das deutsche Expeditionschiff „Hansa“ 1889 im Oktober vom Eise gerammt wurde. Eisströmungen und Orkane, die Leddy in dunkler Nacht herumwirbeln, geben ihm schließlich den Todesstoß. Man versucht, sich auf den gewaltigen Eisfeldern eine Wohnung zu erbauen. Auf dem 67. Breitengrad bricht plötzlich die Eisscholle, auf dem das Haus steht. Es glückt trotzdem, das Haus zu bergen, und man treibt nun in westlicher Richtung auf Spitz zu. Mit sieben Hieselstücken und einer Rolle verläßt man, nachdem man 400 Meilen mit der Eisscholle getrieben ist, am 30. Oktober das Haus, 20 Meilen östlich von der Vells-Insel. Am 1. November tritt ein Schneesturm ein. Ein riesiger Euberg zerfällt die Eisscholle und zwischen Schnee- und Eisbergen wird die Mannschaft herumgewirbelt, bis sie sich schließlich bei besserem Wetter 25 Meilen nördlich von Kap Dan an Land getrieben sieht. Nach endlosen Kämpfen mit Hunger und Kälte erreicht man schließlich Verbindung mit einem Menschen, dem Bärenjäger Naba. Mitte September sitzen alle 21 Mann in der Kolonie Kap Dan, wo sie mit Aufopferung gepflegt werden. Die ganze Reise ist ein Wunder und die Nordpol-Literatur wird durch sie sehr bereichert werden.

Der Euphonia-Verlag bereitet gemeinsam mit Paul Graupe eine Graphikausstellung von Louise Lautrec vor.

Die Kaiser-Wilhelms-Universität in Jena. Durch eine Preisbewerbung ist der größte Teil der Universität von Jena gerettet worden. Insbesondere das chemische Laboratorium hat stark gelitten. Der Schaden ist sehr groß.



## Der bayerische Separatismus.

Zu den Erklärungen des bayerischen Innenministers Stübel gegen die Verfassungsfeier wird offiziell mitgeteilt, daß die Reichsregierung alle Länder aufgefordert hat, die Verfassungsfeier zu begehen. Dieses Ergehen ist natürlich auch an Bayern gerichtet worden, und wenn die bayerische Regierung eine Verfassungsfeier nicht veranstaltet, so ist das eine demonstrative Zurückweisung des Ergehens der Reichsregierung. In seinen Ausführungen zur „Rechtserziehung“ der einflüchtenden Bestimmungen gegen die Verfassungsfeier in Bayern hat Herr Stübel auch angedeutet, er glaube damit die Zustimmung der Reichsregierung zu haben. Offiziell wird eine derartige Vermutung demantiert. Allerdings hat das Reich keine Möglichkeit, den Ländern nach dieser Richtung Vorschriften zu machen.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Stettin

Stettin, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im großen Saale der Stettiner Börse fand eine imposante republikanische Kundgebung des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer statt. Der Saal war überfüllt, so daß Hunderte umstehen mußten. Beispiellose Begeisterung herrschte während der Rede des Gausvorsitzenden Kameraden Hartwig-Stettin und des an Stelle des verhinderten Kameraden Dr. Haas-Karlruhe erschienenen Kameraden Demmer-Berlin. Wir alten gebienten Kriegsteilnehmer, die während des Krieges seelisch und körperlich unendlich gelitten haben, haben es satt, uns von den grünen Hakenkreuzungen auf der Nase herumtanzen zu lassen. Das war das erste spontane Bekenntnis der verammelten Republikaner. Ihm folgte das begeisterte Bekenntnis zur Republik und deren Verfassung. Bereits 10 000 Mitglieder gehören in der kurzen Zeit des Bestehens des Bundes, seit etwa 6 Wochen, dem Reichsbanner in Pommern an. Die Kundgebung hat die Reaktion gezeigt, daß die Republikaner auch in Pommern ihren Mann stehen und für die Republik und die Verfassung mit aller Kraft und Macht eintreten werden. Die Kundgebung war ein außerordentlich guter Auftakt für die Verfassungsfeier am 10. August im Gauort Stettin, zu der sich laufende Teilnehmer angemeldet haben.

## JAB.

### Kommunistische Propaganda und ihre Helfer.

Der letzte sozialdemokratische Parteitag hat sich veranlaßt gesehen, vor der Mitarbeit von Parteigenossen in der „Internationalen Arbeiterhilfe“ zu warnen und zum Ausdruck zu bringen, daß weiteres Zusammengehen mit der I.A.H. nicht vereinbar sei mit den Pflichten eines Genossen gegen seine Partei.

Darauf haben fast alle an führender Stelle der I.A.H. gestellten Parteigenossen sich zurückgezogen. Soweit wir wissen, blieb nur Frau Meta Kraus-Fessel übrig, die unter Berufung auf ihre Zugehörigkeit auch jetzt noch um Dienste der I.A.H. im Lande herumreißt und zum Gaudium ihrer kommunistischen Freunde gegen die Partei polemisiert, der sie bisher angehört hat. So hat sie in einer Hamburger Versammlung der I.A.H., die einer rein kommunistischen Mitgliederversammlung gleich, sich nicht scheut, öffentlich die Sozialdemokratie herunterzureißen, trotzdem sie erklärte, daß sie nicht ausgetreten sei und nicht daran denke, aus ihr auszutreten!

Mit Recht macht aber das „Hamburger Echo“ darauf aufmerksam, daß die betriebliche Rednerin der I.A.H. gewissermaßen automatisch aus der Sozialdemokratie ausgeschieden ist. Denn wer so ostentativ Parteitagbeschlüsse mißachtet, erklärt damit, daß er sich selbst außerhalb der Partei stelle. Die kommunistische I.A.H. mag ihre soziale Hilfstätigkeit betreiben, wir werden sie nicht darin stören. Sie ist aber praktisch eine Propagandaabteilung der SPD. Diesen Charakter sollten Sozialdemokraten nicht verwischen helfen. Bismarke sollten unsere Genossen überall an jenen kommunistischen „Parteihebel“ denken, der den Kommunisten auferlegt:

„Jeder Umgang mit sozialdemokratischen Angehörigen, auch in den Gewerkschaften, hat den Charakter des politisch scharfen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbürokratie überhaupt zu tragen. Ein persönliches freundschaftliches Verhältnis gibt es mit diesen Klassenfeinden nicht.“

Der Sinn ist so klar, daß kein Parteigenosse, der noch ein bißchen Würde empfindet, ihn mißverstehen kann. Soll er etwa zum Dank die andere Wange hinhalten, nachdem er auf der einen noch die Ohrfeige brennen läßt?

## Notgesetz für weltliche Schulen.

Die Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik, der u. a. der Deutsche Konfessionsbund, die Gemeinschaft proletarischer Freidenker und eine Reihe anderer Freidenkervereine hat an den Reichsminister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der sie auf die Entschlebung ihrer Leipziger Hauptversammlung hinweist.

„Die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände der deutschen Republik stellt fest, daß das durch die Reichsverfassung gewährleistete Recht auf Errichtung weltlicher Schulen dem deutschen Volke bisher vorenthalten ist. Große Teile unseres Volkes empfinden diesen Zustand als Gewissensbedrückung für Kinder, Lehrer und Eltern. Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht gewillt, solche Bestreßknechtung länger zu ertragen. Sie fordert deshalb die rasche Verabschiedung eines Notgesetzes, das die Errichtung weltlicher Schulen ermöglicht, und ist nicht bereit, diese Vorenthalten eines verfassungsmäßigen Rechtes untätig hinzunehmen, sondern wird bei weiterer Verschleppung der Angelegenheit zur Selbsthilfe gezwungen sein.“

Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten Verbände erheben in der Eingabe an den Minister erneut die Forderung, ein Gesetz zu erlassen, das die Errichtung von weltlichen Schulen ermöglicht, weil der bestehende Zustand von ihren Angehörigen als Gewissensbedrückung empfunden werde.

### Um die Eidesformel.

Das Reichsjustizministerium hat auf eine Eingabe derselben Arbeitsgemeinschaft, in der darüber Beschwerde geführt wurde, daß unter Bezugnahme auf die Emminger'schen Justizgesetze die verfassungsgerechten Bestimmungen über den nichtreligiösen Eid häufig nicht innegehalten würden, erwidert:

„Auf Ihr Schreiben erwidere ich, daß sich durch die Neufassung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Verfahrensregeln an den verfassungsgerechten Bestimmungen über den nichtreligiösen Eid nichts geändert hat.“

Jeder Deutsche hat also nach wie vor das Recht, die religiöse Eidesformel abzulehnen. Diese Feststellung scheint uns notwendig, da dieses Recht unter Bezug auf die Emminger'schen Justizgesetze bereits von einigen Gerichten bestritten wurde.

Die „Vossische“ im besetzten Gebiet verboten. Durch Verfügung des oberkommandierenden Generals im besetzten Gebiet ist die „Vossische Zeitung“ bis zum 25. September 1924 für das besetzte Gebiet verboten worden, weil sie am 22. Juli unter dem Titel „Französischer Militarismus“ die Parade vom 14. Juli in Düsseldorf lächerlich gemacht haben.

## Verlängerung des Nicumabkommens.

### Nachträgliche Ermäßigung der Kohlensteuer.

Düsseldorf, 31. Juli. (WZ.) Heute wurde von der Sechserkommission und der Nicum das bisherige Abkommen mit folgenden Änderungen verlängert:

1. Das neue Abkommen gilt bis zu dem Zeitpunkt, der für den Beginn des im Sachverständigenrat vorgeesehenen Reparationszahlungsabkommens bestimmt worden ist und bestimmt werden wird. Indessen kann die Sechserkommission vom 15. August ab den Vortag mit fünfjähriger Frist kündigen. 2. Die Aus- und Einfuhrabgaben, sowie die Zu- und Ablaufgebühren, die im Juli in Kraft waren, werden vom 1. August ab auf die Hälfte herabgesetzt. 3. Die laufende Kohlensteuer wird vom 1. August ab auf 25 Pf. ermäßigt. 4. Um den Abschlagswertigkeiten, unter denen die Zeichen im Monat Juli zu leiden hatten, Rechnung zu tragen, wird die Kohlensteuer für diesen Monat auf 50 Pf. ermäßigt.

## Der Bürgerblock von Fürstenwalde.

### Einspruch des Magistrats.

Fürstenwalde (Spre), 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 18 gegen 10 Stimmen beschlossen, den Ersten Bürgermeister, den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Stoll, mit sofortiger Wirkung abzubauen. Der Magistrat hat gegen diesen Beschluß auf Grund der Städteordnung Einspruch erhoben. Bis zur Erledigung dieser Beanstandung bleibt der Bürgermeister noch in seinem Amte.

## Schokolade.

Selten hat der Berliner so reichlich Gelegenheit gehabt, sich sein Leben zu verküpfen, als gegenwärtig. An allen Straßenecken richten sich Händler ein, die Schokoladen, Konfekt, Cremestangen für einen bestimmten Preis in solchen Quantitäten anbieten, daß man schon gestrotzt Mitglied im „Bund der Kinderreichen“ sein kann, wenn man die erstandene Ware mit einem Male verdrücken will. Das muß man den Händlern lassen: Großzügig sind sie in jeder Hinsicht. Die Größe des Vorrats, die Aufmachung des „Geschäfts“, ihr Auftreten und die Art des Anbietens lassen durchaus den „Großkaufmann“ erkennen, der aus einer Großmutsanwandlung heraus sich in den Kopf gesetzt hat, auch den Armen einmal einen Schokoladengenuß zu verschaffen. Die Kessame, die zu jedem Geschäft gehört, wird auf verschiedene Art erlegt. Der eine erscheint im schwarzen Rock mit mehreren Rohrplattentoffern, die einen großen Warenbestand vorläufigen sollen, und die er sich auch noch von Gelegenheitsarbeitern tragen läßt. Ein anderer wieder hat sich Pferd und Wagen, manchmal auch eine Droschke, gemietet. Auf dem Kutschersitz thronend preist er dann in wohlgeleiteter Rede an die Nation die Waren an. Er verrät neben seinem Talent, dem Publikum den Ankauf schmachhaft zu machen, die Befähigung, auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung der Gegend, in der er gerade handelt, einzugehen. Während er in der Geschäftsstraße zur Mittagszeit ein Sortiment aus Tafelschokolade und Konfekt zusammenstellt, bietet er im Arbeiterviertel Milchschokolade und Cremestangen an, um den Arbeiterfrauen bei der Befriedigung der Kinderwünsche entgegen zu kommen. Immer ist es eine Kollektion, die preiswert und begehrenswert erscheint und deshalb gern gekauft wird, sofern es nur irgend der Geldbeutel gestattet. Zwei Tafeln Schokolade, zwei Bäckchen Konfekt und Nörbchen, eine Stange und ein Bäckchen Pfefferminztabletten werden für eine Rentenmark angeboten, ein Preis, der auf den ersten Blick in keinem Verhältnis zur Warenmenge steht. Natürlich versteht es der Verkäufer ausgezeichnet, die Qualität seiner Ware hervorzuheben. Er verkauft nur „im Auftrag der Firma Sonndso“, die im Publikum gut bekannt sei; nur er hätte den Spezialauftrag, die Waren der Reklame halber zu so billigen Preisen abzugeben und die Firma käme wegen der Einführung dem Publikum weit entgegen. Die Ankündigung zieht um so mehr, als meist der Name einer bekannten Firma genannt wird. Hinterher sieht man denn an der nächsten Anschlagtafel, daß die genannte Firma sich dagegen verwahrt, ihre Waren zu Reklame- und Einführungs-zwecken durch Straßenhändler verkaufen zu lassen. Trotz alledem findet der „Beauftragte“ sein Publikum. Je mehr Käufer sich nach seinem Vortrag melden, desto erregter wird er. Er zieht Jacke und Weste aus und hantiert wie ein Halbblinder auf dem Wagen herum. Zwischen durch verteilt er wieder einmal eine Reklametafel an die Kundenschaft, wobei er zu tun hat, die „Schlechte“ abzumehren, d. h. in diesem Falle diejenigen, die aus dem Probieren und Studieren nicht herauskommen und darüber das Kaufen vergessen. Daran liegt ihm natürlich nichts, er muß „Umsatz“ haben, will er sein Geld verdienen. Lange kann er seine Reden an das Volk an einer Stelle nicht halten. Die Ausnutzung der geeigneten Tagesstunden und die Ermittlung eines guten Verkaufsplozes sind die Hauptsache. So hat auch dieses Geschäft seine Schattenseiten und trotz Schokoladen und anderer Süßigkeiten ist es auch ein bitteres Brot.

## Die Teppichklopfordnung.

Nach den geltenden Bestimmungen dürfen in Groß-Berlin auf den Grundstüchhöfen Teppiche nur am Freitag von 8 bis 5 Uhr und Sonnabends von 8 bis 1 Uhr geklopft werden. Tatsächlich aber wird in den meisten Häusern jeden Tag vom frühen Morgen an und häufig auch noch am Sonntagvormittag geklopft. Es gibt Leute, die sogar ihre Decken und Läufer auf dem Balkon ausklopfen, so daß der dicke Staub auf die Straßenpassanten fällt. Infolge zahlreicher Beschwerden soll jetzt von der Polizei auf die strenge Befolgung der Vorschriften geachtet werden. Diesem mögen allerdings die Hausbewohner über die Teppichklopfen unklar sein. Die polizeilich vorgeschriebenen Blechschilde bei der Teppichklopfstange mit Angabe der Klopfzeiten und der Strafbestimmungen sind in vielen Häusern seit Jahren nicht mehr vorhanden oder völlig verrostet. Von den einzelnen Polizeirevierern werden jetzt die Hausbesitzer aufgefordert, neue Blechschilde anzubringen.

### Ueber die Dächer.

In lustiger Höhe wurden nach längerer Jagd in der vergangenen Nacht vier Einbrecher verhaftet, die vom Keller aus in ein Tuchgeschäft in der Inselfstraße 15a eingebrochen waren und bereits mehrere Ballen herausgeschafft hatten. Ein Wächter nahm sie gegen 2 1/2 Uhr wahr und rief das Heberjaskommando Marienplatz an. Sie mußten wohl gemerkt haben, daß sie entdeckt waren. Denn als das Heberjaskommando erschien, waren sie unter Zurücklassung der Beute bereits verschwunden. Man bemerkte, daß sie über die Hausreppe und den Boden auf das Dach gestiegen waren. Das Heberjaskommando sperrte die Straßen ab und nahm die Verfolgung auf. Die Verdächtigen entflohen über die Dächer nach der Wallstraße zu. Einer von ihnen wurde durch einen Schuß der Verfolger in den linken Unterschenkel getroffen. Auf einem Dach in der Wallstraße wurden alle vier Mann eingeholt und festgenommen. Auf der Wache wurden sie festgehalten als ein Maler Eduard Bitterling, ein Arbeiter Richard Kreuzer, ein Schlichter Krowanewski und ein Maschinenzeichner Ernst Goldberg. Bitterling hatte den Schuß erhalten. Die Verletzung war aber nur leicht und wurde gleich auf der Wache verbunden. Alle vier wurden dann der Kriminalpolizei zugeführt, ebenso ein

gewisser Heinrich Landgraf und Ernst Erkward, die in der Wallstraße noch festgenommen wurden unter dem dringenden Verdacht, der Einbrecherbande Kupferarbeiten geliefert zu haben. Auf den Dächern fand man mehrere Revolver und ein großes Brecheisen, das die Flüchtlinge weggeworfen hatten, in den erbrochenen Geschäftsräumen einen Handkoffer, der mit guten Einbruchswerkzeugen gefüllt war.

## „Nie wieder Krieg.“

Die Kundgebungen des Aktionsausschusses „Nie wieder Krieg“ zur Erinnerung an die zehnte Wiederkehr der Lage der Kriegserklärungen, die am Sonntag, 3. August, vormittags 10 Uhr, und am Montag, 4. August, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Hallesche, im Saalbau Friedrichshain und in der Behr- und Versuchsbrauerei im Norden, Seestraße 15 (am Montag Neue Welt) stattfinden, werden dem feierlichen Charakter des Tages voll Rechnung tragen. In allen Clublokalitäten werden Chöre des Arbeiter-Sängerbundes die Feiern eröffnen und schließen. Nach dem Vortrag eines Prologs von Theobald Tiger, der eigens für diesen Tag geschaffen wurde, und den namhafte Berliner Schauspieler registrieren, werden folgende Redner das Wort nehmen: Jacob Altmaier, Paul Ebert, Pastor Franke, Helmuth von Gerlach, Manfred Georg, Stefan Grosmann, Dr. Max Hochdorf, Harry Graf Reher, Dr. Heber-Lübeck, M. d. R., Georg Ledebour, Dr. Otto Revi, M. d. R., Paul Wende, Hans Meyer, Eduard Müller, Otto Ruchste, M. d. R., Carl von Oßfater, Emil Rabold, M. d. R., Toni Sender, M. d. R., Prof. Dr. Walter Schädling, Gustav Schwarz, Heinrich Ströbel, M. d. R., Heinrich Teuber-Buchum, Karl Wetzer, Ignaz Wrobel. Als Vertreter der französischen Friedensfreunde spricht Henri Guernut, Generalsekretär der Französischen Liga für Menschenrechte.

## „Prüfe alles und behalte das Beste.“

Auf frischer Lat wurde ein unverwundlicher Bodeneintracher ertappt und festgenommen. Es handelt sich um einen 39jährigen „Arbeiter“ Paul Schulze, der im Westen Groß-Berlins wertvolle Beute machte und sie durch seine Beliebtheit verkaufen ließ. Durchsuchungen bei Abnehmern des Verhafteten und Verdächtige förderten nun außer Wäsche auch einige andere Sachen zutage, die der Platterfahrer auch mitgenommen hatte, darunter ein Wochensalbum, in dem nur wenige Blätter beschrieben waren. Schulze hatte diese fälschlich herausgenommen, dann das Album mit seinem Wochenspruch: „Prüfe alles und behalte das Beste!“ versehen und es einem Mädchen einer ihm bekannten Familie zur Einsegnung geschenkt.

## Die Jagd nach dem Ballon.

Vor dem Warenhaus stehen Scharen von Kindern und umschwärmten herauskommende Käuferinnen. „Bitte, bitte, schenken Sie mir Ihren Kassenzettel!“ Einer überschreit den anderen. Duende verlangen der Händchen überpurzeln sich in der Luft. „Über Jungens und Mädels, ich habe ja nur für 43 Pf. gekauft... dafür gibt's doch keinen Luftballon gratis.“ Sie lassen sich nicht abweisen. „Sehen Sie man her... bitte, bitte... viere habe ich schon...“ et fehlen bloß noch 94 Pf. an die fünf Mark.“ Natürlich geben die meisten Frauen den heiß ersehnten Kassenzettel. Das Warenhaus verpflichtet bei einem Einkauf von mindestens fünf Mark einen der bekannten Kinderballons als Zugabe. Es ist eine kleine unschuldige Belohnung, die hier die Schuljugend ausgeht hat. Am Geschäft bleibt ja doch noch etwas hängen.

Wieder Schüsse auf einen fahrenden Eisenbahnzug. Gestern nachmittags um 1 1/2 Uhr erhielt der Ringbahnzug 1791, der von der Schönhauser Allee ausfuhr, in der Höhe der Schönfließer Brücke wieder einen Schuß, der eine Fenster-scheibe zertrümmerte, ohne einen Fahrgast zu treffen. Der Schütze ist noch nicht ermittelt. Auf seine Erreichung ist, wie in allen Fällen, eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungsorgan an Kriminalkommissar Dr. Klemann im Polizeipräsidium.

Uly-Exkursionen in die märkischen Wälder zur Belehrung über „Biologie und praktische Bedeutung der Biologie“, unter Führung des Dozenten Dr. Rügler von der Volkshochschule Lichtberg, sollen in den Monaten August und September 1924 veranstaltet werden. Interessenten werden zu einer Vorbesprechung am 14. August und September 1924, 8 Uhr abends, im Cäcilien-Anzium, Lichtberg, Parkhausstraße 8, und am 15. August, 8 Uhr abends, im Kant-Realschulhaus, Karlsruher, Treskowallee 44, eingeladen. Die Teilnehmergebühr in Höhe von 3 M. ist an den Exkursionsleiter zu zahlen. Sehermann ist herzlich willkommen.

Eine Messerfehde. Um 1 1/2 Uhr nachts wurde das Ueberjaskommando „Linden“ nach der Rettungsstelle in der Roßringerstraße gerufen, wohin man den 46 Jahre alten Arbeiter Reinhold Reinen aus der Puchener Straße 104 mit schweren Stichverletzungen in der Rippengegend geschafft hatte. Nach Anlegung von Verbänden brachte man ihn nach der Charité. Wie sich herausstellte, war Reiner in der Zehdenicker Straße mit dem Arbeiter Albert Finkelmann aus der Christinenstraße 37 in eine Schlägerei geraten, wobei er die angegebene Verletzung davongetragen hat. Finkelmann konnte festgenommen werden. Auch er hat einige Verletzungen erlitten.

Weil sie nichts mehr von ihm wissen wollte. Nach einem Messeranschlag auf seine frühere Geliebte wurde ein gewisser Krüger am Dienstag nachmittags festgenommen. Krüger versuchte wiederholt, eine Paula W., die nichts mehr von ihm wissen wollte, zur Rückkehr zu ihm zu bewegen. Als er keinen Erfolg hatte, lauerte er ihr auf und trat sie endlich auf dem Neuen Markt. Als das Mädchen sich nach einem kurzen Wortwechsel zum Weggehen umwandte, stieß er ihr ein Küchenmesser in die rechte Schulter und verletzte sie ziemlich schwer. Das Publikum ergriff den Täter, veranlaßte ihn eine Tracht Prügel und übergab ihn der Polizei.

Ein öffentliches Gefangenenfest veranstaltet der Berliner Ulymann-Club am Sonnabend, den 2. August, abends 1/2 8 Uhr, auf dem Sparrplatz.

Ungarn. Der ungarische Genosse Alexander Mih. Georgenricher, 27 III., hat eine Hilfsaktion zur Beschaffung von Winterkleidung eingeleitet. Alle Interessierten werden um die Einschreibung gebeten, sich am Sonnabend, den 2. August, nachmittags 3 Uhr, bei ihm einzufinden.

## Die Hagener Grabhändler verhaftet.

Die Grabhändler, die den jüdischen Friedhof in Hagen verwüstet haben, sind im Laufe des heutigen Tages von der Kriminalpolizei ermittelt und zum größten Teile festgenommen worden. Es handelt sich um vier männliche und zwei weibliche Personen, die angeblich Mitglieder der kommunistischen Partei sind.

## Schweres Fliegerunglück bei Paris.

Im Bourg-la-Reine, in der Nähe von Paris, hat sich gestern ein furchtbares Unglück ereignet, indem ein Militärflieger, der über dem Hause seiner Mutter Sturzflug ausgeführt hatte, plötzlich abstürzte. Der Mechaniker wurde sofort getötet, der Pilot selbst schwer verletzt. Zwei Passanten wurden ebenfalls getötet, darunter die Mutter des Fliegers, zwei andere Passanten erlitten schwere Verletzungen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Mäßig warm und ziemlich heiter mit schwachen südwestlichen Winden.  
Deutschland: In den meisten Gegenden Ermüdung, im Süden Nachhören der Regensfälle und Aufhellung, in Norddeutschland Fortdauer der meist trockenen Witterung.



# Gewerkschaftsbewegung

## Kommende Kämpfe.

Die Lasten, die der Arbeiterschaft aufgedrückt werden, machen die schwersten Wirtschaftskämpfe um Lohn und Arbeitszeit unvermeidlich. Wohl versteht die Arbeiterschaft, daß die deutsche Wirtschaft einen schweren Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu bestehen hat. Allein gerade deswegen kann sich die Arbeiterschaft, vor allem im Bergbau und in der Eisenindustrie, unmöglich mit den bestehenden Zuständen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage abfinden. Noch immer erhalten die Bergleute im Ruhrgebiet nicht einmal ihren vollen künftigen Lohn, weil die seinerzeit ausgegebenen Ratschläge für Kartoffeln, Fleisch usw., jetzt verrechnet und vom Lohn abgezogen werden.

Die einzelnen Ueberarbeitszeitabkommen werden im Laufe der kommenden Monate (im ober-schlesischen Bergbau am 31. August, im Ruhrbergbau im November) periodisch ablaufen. Schon deshalb wäre es notwendig, daß das Reichsarbeitsministerium in Voraussicht des Kommenden die Regelung der Arbeitszeit der Schwerarbeiter frühzeitig unternehmen würde. Das Zweischichtensystem ist unhaltbar. Der jetzt auch von dem Christlichen Metallarbeiterverbande erfolgte dringende Appell an den Reichsarbeitsminister zeigt, daß selbst die Wähler des Reichsarbeitsministers sich gezwungen sehen, diesen zu warnen.

Neben der Regelung der Arbeitszeit der Schwerarbeiter muß u. e. so schnell wie möglich die Beseitigung der halbstündigen Mehrarbeitszeit in den ober-schlesischen Gruben erfolgen. In den übrigen Bergregionen beträgt die Arbeitszeit unter Tage nur acht Stunden, und der Einwand der ober-schlesischen Grubenherren, sie hätten weitere Wege zu ihrem Absatzgebiet und müßten deshalb eine Zugabe bei der Arbeitszeit haben, ist nicht stichhaltig. Die maßgebenden Stellen sollten endlich verstehen, daß es schon von nationalpolitischem Standpunkt aus notwendig ist, in dem ober-schlesischen Bergmann nicht das Gefühl hochkommen zu lassen, daß er sich in einer Art Parastellung befindet. Die halbstündige Ueberarbeitszeit in Oberschlesien ist eine Ungerechtigkeit — sie muß verschwinden.

Aber im Reichsarbeitsministerium hat man es weder eilig, wenn es sich darum handelt, die in der Arbeitszeitverordnung festgelegten Schutzbestimmungen für Schwerarbeiter zu verwirklichen, noch sorgt man sich dort sonderlich um die Wirtschaftskämpfe, die durch diese sträfliche Nachlässigkeit — die Verordnung ist nun schon seit acht Monaten in Kraft — heraufbeschworen werden.

### Zum Streik in der Rifenbranche.

Wie wir am Dienstagabend berichteten, hat die Vereinigung der Rifenfabrikanten zwecks Beilegung der Differenzen den Schlichtungsausschuß angerufen. In den Vorverhandlungen, die gestern stattfanden, konnte deshalb keine Verständigung erzielt werden, weil die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie prinzipiell am Lohnabbau festhalten. Doch steht auf Grund der zuverlässigen Informationen der Arbeitnehmer die Tatsache fest, daß ein großer Teil der Unternehmer der Rifenindustrie an einer Lohnreduzierung gar kein Interesse hat.

Der Schlichter hat nunmehr eine Kammer zusammengerufen, die voraussichtlich noch in dieser Woche eine Entscheidung fällen wird.

### Die Angestellten zum Kasseler Verbandstag.

Am Dienstag versammelten sich die Funktionäre des DVA in den Auditorien, um zu dem Verlauf des zweiten Verbandstages in Kassel Stellung zu nehmen. Genosse Gottfurcht erstattete den Bericht. (Die wesentlichen Beschlüsse des Verbandstages sind unseren Lesern bereits aus den Veröffentlichungen an dieser Stelle bekannt.) Es wurde insbesondere auf die außerordentlich schweren Schäden hingewiesen, die den Finanzen der Organisation durch die Inkonsequenzen zugefügt worden sind. Ein immer größer werdender Prozentsatz der Einnahmen mußte für die Unterstützung stellungsloser Verbandsmitglieder verbraucht werden. Die internationale finanzielle Hilfe der Bruderorganisationen trug wesentlich zur Aufrechterhaltung der Organisation bei. Der Verbandstag hatte sich ferner mit dem gewerkschaftszerstörenden Verhalten der kommunistischen Opposition zu beschäftigen. Er sollte Beschlüsse, die für die Zukunft unmöglich machen, den DVA zum Lummelplatz kommunistischer Quartierbetreuer zu machen. Die Zulassung des Verbandstages hatte auch den Beweis erbracht, daß die stets behauptete Stärke der Kommunisten im Verband unwahr ist. Von den 110 Delegierten gehörten nur vier der sogenannten kommunistischen Fraktion an. Der Verbandstag war einstimmig der Auffassung, daß die Führer der eben gegründeten „Freien Angestelltengewerkschaft“ das denkbar Schädlichste für die Angestelltenenschaft getan haben. Er war aber auch ebenso einstimmig der Auffassung, daß den Mitgliedern, die zum größten Teil irreführt sind, keine gewerkschaftlichen

Schäden erwachsen sollen. Es wurde darum Beschlüsse gefaßt, die jedem Mitglied dieser abgefallenen Vereinigung die Rückkehr in den DVA ohne jeden persönlichen Nachteil ermöglichen. Der Verbandstag findet in Zukunft alle drei Jahre statt. Um jedoch eine enge Führungsnahme mit den Mitgliedern des Reiches aufrechtzuerhalten, findet nun nicht mehr jährlich, sondern halbjährlich eine Konferenz des Vorstandes mit den Gauleitern und Ortsbeamten statt. Der Beirat, die höchste ehrenamtliche Körperschaft des Verbandes, ist mit weitgehenden Funktionen ausgestattet worden. Die Funktionäre der Organisation verzichteten einstimmig auf eine Ausprache. Genosse Gottfurcht konnte unter dem Beifall der Versammlung feststellen, daß in dem Stillstehen eine Anerkennung der geleisteten Arbeit erfolgt werden soll.

### Ein „Revolutionär.“

Der Klempner Ostrowski, der „blutige Leo“, Führer der kommunistischen Spaltungsgewerkschaft, läßt sich von zwei Betriebsratsmitgliedern der Firma Schebera in der „Roten Fahne“ bescheinigen, daß er keine Anmeldung auf dem Arbeitsnachweis während der Aussperrung bei Schebera auf Anraten und im Einverständnis mit den Verbandsvertretern wie auch andere Arbeiter, die sogar Sozialdemokraten seien, vorgenommen habe. Wir haben festgestellt, daß die Behauptungen in der „Roten Fahne“ unwahr sind. Es ist keinem Verbandsvertreter eingefallen, bereits einige Tage nach Beginn der Aussperrung Ostrowski und seinen Genossen zu empfehlen, die Anmeldeurkunde zu unterschreiben. Das hat der Führer der kommunistischen Metallarbeiter auch in der Versammlung am 25. Juni eingesehen. Der große „Revolutionär“ versteht sich also zum zweiten Male hinter andere, weil er nicht eingestehen will, daß er sich mit der Anmeldung persönliche Vorteile gegenüber seinen Mitkämpfern verschafft hat. Daß in einem späteren Stadium des Kampfes die Taktik der Abwanderung beschloßen und durchgeführt wurde, beweist nichts zugunsten dieser kommunistischen Heiden.

### Personalabbau bei den städtischen Werken.

Man schreibt uns: Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die städtischen Wasserwerke zu einem Personalabbau schreiten, der ermöglicht wird durch ein neues System der Wassergeldverteilung. Wie wir erfahren, beschäftigt jetzt auch das städtische Elektrizitätswerk einen umfangreichen Personalabbau vorzunehmen. Es ist befremdend, daß bei dem Abbau auch solche Angestellten betroffen werden, die zehn Jahre und darüber hinaus im Betriebe sind und damit Anrecht auf eine Altersversicherung haben. Da es nicht dem Wesen der Altersversicherung entsprechen kann, daß man diejenigen, die bestimmte Anrechte darauf haben, vor die Tür schiebt, ehe sie ihre Anrechte geltend machen können, werden die Angestelltenorganisationen in jedem solchen Falle den Schlichtungsausschuß anrufen.

Der Zentralverband der Angestellten wird, sobald die Kündigungstermine fertiggestellt sind, eine Verammlung aller Betriebsangestellten einberufen, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen wird.

### Zur Lage der Angestellten in der Metallindustrie.

Die vom Gedag beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspräsidenten, der eine 5-prozentige Gehaltserhöhung für Juli und August vorseht, ist abgelehnt worden.

Damit ist der Gedag auch hier abgelehnt. Es ist eben nicht möglich, die Gewerkschaftsarbeit so aufzuführen, wie es der Gedag gerade in letzter Zeit zu tun beliebt. Die Angestellten müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, daß Gewerkschaftsarbeit Kampf bedeutet. Hätten sich in den vergangenen Monaten die Angestellten so fest und stark wie im Jahre 1919 zusammengeslossen, so wäre es ein Leichtes, die geradezu erbärmlichen Gehälter der Metallindustrie zu erhöhen. Nachdem die Erfahrungen gezeigt haben, daß es unmöglich ist, auf anderem Wege als dem des gewerkschaftlichen Kampfes vorwärts zu kommen, müssen nun die Angestellten ihre Konsequenz ziehen. Mehrere Betriebsversammlungen, u. a. bei Porzig, Bergmann, Siemens, beschäftigten sich mit dem starren Verhalten des DVA. Es ist verständlich, daß die Angestellten auf Grund der Berichte der Organisationsvertreter aus den Vorgängen die Lehre ziehen, daß mit allem „Wohltun“ der Unternehmer nicht weiter zu kommen ist.

### Bauarbeiteraussperrung in Sachsen.

Planen i. Vogtl., 30. Juli. (DVA.) Die im Arbeitgeberverband organisierten Bauunternehmer des Vogtlandes haben beschloßen, die Bauarbeiter in ihren Bezirken auszusperrern. Als Grund werden „rechtswidrige“ Streiks in Delsnitz und Falkenstein angegeben.

### Das englische Arbeitslosenversicherungsgesetz.

London, 31. Juli. (DVA.) Das Gesetz betreffend Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wurde vom Oberhaus in dritter Lesung mit Änderungen angenommen, mit denen das Unterhaus nicht einverstanden ist.

Leser-freier der freigewerkschaftlichen Jugend. Der Leserkreis, den die freigewerkschaftliche Jugendzentrale Berlin ursprünglich für den 28. Juli angekündigt hatte und der gegen Eröffnung der Leserei zurückgezogen wurde, hat nunmehr fest bestimmt am Donnerstag, den 7. August, abends 1/8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelplatz, statt. Die für den 28. Juli getätigten Karten behalten ihre Gültigkeit.

# Wirtschaft

## Der Stand der Welthandelsflotte.

Der neuen Ausgabe von Lloyd's Register Boot zufolge beträgt die Welttonnage der seefahrenden Dampf- und Motorschiffe aus Stahl und Eisen im Juni 1924 57.530.000 Brutto-Register-tonnen und verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

	Juni 1924	Juni 1914	Untersch. gegenüber 1914
Großbritannien u. Irland	18.917.000	18.877.000	+ 40.000
Britische Dominions	2.213.000	1.407.000	+ 806.000
Amerika Verein. Staaten	11.823.000	1.837.000	+ 9.986.000
Oesterreich-Ungarn	1.052.000	—	—
Belgien	555.000	341.000	+ 214.000
Dänemark	974.000	788.000	+ 206.000
Frankreich	3.193.000	1.918.000	+ 1.275.000
Deutschland	2.858.000	5.068.000	- 2.242.000
Griechenland	751.000	820.000	- 69.000
Holland	2.583.000	1.471.000	+ 1.092.000
Italien	2.076.000	1.428.000	+ 1.248.000
Japan	3.655.000	1.642.000	+ 2.013.000
Norwegen	2.926.000	1.928.000	+ 403.000
Spanien	1.163.000	883.000	+ 280.000
Schweden	1.148.000	992.000	+ 154.000
Anderer Länder	2.749.000	2.037.000	+ 692.000
Zusammen	57.530.000	42.514.000	+ 15.016.000

Die Tonnage der Seegeschiffe einschließlich seefahrender Barken wird auf 2.509.427 Bruttotonnen beziffert, was gegenüber dem Stand von Juni 1914 eine Abnahme von 1.470.000 Bruttotonnen bedeutet. 1.186.000 Tonnen der gegenwärtigen Tonnage entfallen auf die Vereinigten Staaten, während Frankreich daran mit 208.000, Großbritannien (einschl. Irland) mit 152.000, Italien mit 114.000, Norwegen mit 113.000 und Kanada mit 109.000 Tonnen beteiligt ist.

Eine besondere Tabelle gibt Auskunft über das Alter und die Größe der seefahrenden Dampf- und Motorschiffe aus Stahl und Eisen. Ihr zufolge sind 5059 Schiffe weniger als 5 Jahre alt. Zusammen stellen diese rund 27 Proz. der Gesamttonnage dar. 6848 Schiffe sind 25 Jahre und mehr alt, bilden aber nur 12,6 Proz. der Gesamttonnage. Von den vor 1900 gebauten Schiffen hatten 64,4 Proz., von den in den letzten 5 Jahren gebauten nicht ganz 33 Proz. weniger als 1000 Tonnen. Von den 786 Schiffen mit 8000 und mehr Tonnen sind 338 in den letzten 5 Jahren gebaut worden.

Die Schiffgruppe, die die größte Tonnage umfaßt, ist die zwischen 4000 und 6000 Tonnen. Ihre Tonnage beläuft sich auf 17.386.285 Tonnen, was 28,4 Proz. der Gesamttonnage entspricht. Die Schiffe von 15.000 und mehr Tonnen stellen nur 3 Proz. der Gesamttonnage dar.

Den größten Prozentsatz neuer Tonnage weist die Handelsflotte Deutschlands auf. Nicht weniger als 52 Proz. ist in den letzten 5 Jahren gebaut. Das ist eine natürliche Reaktion auf die Ableisierung von Schiffen an die Entente, die das Verfallern Diktat voranschrieb. Für Holland ist der entsprechende Prozentsatz 36,8, für Dänemark 33,7, für Frankreich 32,25, für Kanada 30,5, für die Vereinigten Staaten 30,4, für Norwegen 30,3 und für Großbritannien und Irland 26,1.

### Der wachsende Übergang von der Kohle zum Öl als Betriebsstoff wird durch folgende Tabelle beleuchtet:

	1914	1924
Segler, einschl. seefahrender Barken	8,06 Proz.	3,92 Proz.
Motorschiffe	0,45	3,09
Schiffe mit Delfeuerung	2,65	28,70
Schiffe mit Kohlenfeuerung	88,40	66,20

Während also im Jahre 1914 noch annähernd neun Fünftel der Welttonnage von der Kohle abhängig waren, sind es im Jahre 1924 gerade noch zwei Drittel.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Gahm; Gewerkschaftsbewegung: K. Strüver; Realitäten: A. B. Hüffer; Sozialen und Sonstiges: Feig Kahl; Anzeigen: H. Glöckel; Bücherei in Berlin. Verlag: Verlags-Berlag O. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanhang Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

## Gute Schuhe — billig!

Das betannte Schuhfabrikat Wehrdt, Mühlent. 35, mit den zweigeteilten Frontfüßen 34 und 35, bringt wieder eine Reihe besonders vorteilhafter Angebote. Diese Firma hat große Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe gegen sonstige Preise eingetauscht, die ihr wegen der großen Geldknappheit besonders günstig angeboten wurden. So z. B. Herrenschuhe prächtige Spitzeleder R. 4,00, rote Kinderschuhe R. 2,00, 2,50, 3,00, rote Herrenschuhe R. 8,00, braune Herrenschuhe und braune Herrenschuhe mit Ribbde moderner Formen R. 9,00, Damen-Edel-Halbschuhe moderner Formen R. 3,90, 4,90, 5,90, in braun rote Kinderschuhe R. 2,50. Moderne breite Schuhe prächtige Chromleder R. 5,90, rote Damen-Edel-Halbschuhe prächtige Leder R. 2,50, 2,90, 3,90, 4,90, 5,90, 6,90, 7,90, 8,90, 9,90, 10,90, 11,90, 12,90, 13,90, 14,90, 15,90, 16,90, 17,90, 18,90, 19,90, 20,90, 21,90, 22,90, 23,90, 24,90, 25,90, 26,90, 27,90, 28,90, 29,90, 30,90, 31,90, 32,90, 33,90, 34,90, 35,90, 36,90, 37,90, 38,90, 39,90, 40,90. Die Firma bietet eine fastlose Auswahl. Das Lager enthält über 3000 Paar. Es empfiehlt sich daher, seinen Bedarf hier zu decken.

**Hosen** jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Mönchen-Gladbacher Hosen-Zentrale.  
**Herrn- und Knaben-Anzüge** Hosensträger, Hosen sehr preisw. Mönchen-Gladbacher Hosen-Zentrale, Rügener Str. 25 (nahe Gesundbr.) Blauer Laden — Fahrgeldvergüt.

**Damen-Konfektion** erhalten Sie bei bequemster Teilzahlung von nur wöchentlich 2.— jetzt auch direkt aus der Fabrik  
**O. Wollburg, Brunnensr. 56-57** Kredit-Abteilung

**Strickwesten** u. Jacken 2/3 12,50 17,50, reine Wolle Ueber 200 Stk. u. d. kleinsten Kindergröße bis zur größten Weite ständig a. Lager.  
**Bleyles sämtl. Fabrikate** zu Originalpreisen.  
**Bruno Richter & Co., Fabr.-Nldge.** Thüring. Wollwaren — Bin.-Pankow Mühlensr. 1, Ecke Breite Str.

**Magen Wanzen** Motten & Brut linksol-Gas in wenigen Stunden ohne Risiko, ohne Geld oder Zeitverlust unter Garantie radikal beseitigen, selbst da wo alle anderen Mittel versagt. — Vorrätig in Drogerien. — Warnung vor minderwertigen Nachahmungen.  
**Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtaufgabe des „Vorwärts“ und trotzdem billig!**

# „Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Aufnahme

Aussprechstellen: Berlin, Lindenstr. 3, Baden, Zentrum: Uferstr. 174, am Köpenicker Platz, West: Steglitzer Str. 87, Ecke Wagnerscher Straße, Süd: Bürgelstr. 47, an der Eisenbahnstraße, — Pringenstr. 31, Hof rechts parterre, Ost: Marxstr. 30, — Petersburger Platz 4, Südost: Saubler Platz 14/15, Nordost: Samnuellstr. 34; Carmen-Enos-Str. 57, Gilmann, West: Mühlent. 35, S. 43 und Sutenstr. 87 bei Litze 19, Wedding: Wülfersstr. 34, Ecke Wagnerscher Straße, Rosenkaler und Orenzburger Vorstadt: Waisenstr. 9, Schöneberger Vorstadt: Waisenstr. 7, Schöneberger Vorstadt: Orenzburger Str. 22, Prenzlauer Berg: W. 10, W. 11, W. 12, W. 13, W. 14, W. 15, W. 16, W. 17, W. 18, W. 19, W. 20, W. 21, W. 22, W. 23, W. 24, W. 25, W. 26, W. 27, W. 28, W. 29, W. 30, W. 31, W. 32, W. 33, W. 34, W. 35, W. 36, W. 37, W. 38, W. 39, W. 40, W. 41, W. 42, W. 43, W. 44, W. 45, W. 46, W. 47, W. 48, W. 49, W. 50, W. 51, W. 52, W. 53, W. 54, W. 55, W. 56, W. 57, W. 58, W. 59, W. 60, W. 61, W. 62, W. 63, W. 64, W. 65, W. 66, W. 67, W. 68, W. 69, W. 70, W. 71, W. 72, W. 73, W. 74, W. 75, W. 76, W. 77, W. 78, W. 79, W. 80, W. 81, W. 82, W. 83, W. 84, W. 85, W. 86, W. 87, W. 88, W. 89, W. 90, W. 91, W. 92, W. 93, W. 94, W. 95, W. 96, W. 97, W. 98, W. 99, W. 100, W. 101, W. 102, W. 103, W. 104, W. 105, W. 106, W. 107, W. 108, W. 109, W. 110, W. 111, W. 112, W. 113, W. 114, W. 115, W. 116, W. 117, W. 118, W. 119, W. 120, W. 121, W. 122, W. 123, W. 124, W. 125, W. 126, W. 127, W. 128, W. 129, W. 130, W. 131, W. 132, W. 133, W. 134, W. 135, W. 136, W. 137, W. 138, W. 139, W. 140, W. 141, W. 142, W. 143, W. 144, W. 145, W. 146, W. 147, W. 148, W. 149, W. 150, W. 151, W. 152, W. 153, W. 154, W. 155, W. 156, W. 157, W. 158, W. 159, W. 160, W. 161, W. 162, W. 163, W. 164, W. 165, W. 166, W. 167, W. 168, W. 169, W. 170, W. 171, W. 172, W. 173, W. 174, W. 175, W. 176, W. 177, W. 178, W. 179, W. 180, W. 181, W. 182, W. 183, W. 184, W. 185, W. 186, W. 187, W. 188, W. 189, W. 190, W. 191, W. 192, W. 193, W. 194, W. 195, W. 196, W. 197, W. 198, W. 199, W. 200, W. 201, W. 202, W. 203, W. 204, W. 205, W. 206, W. 207, W. 208, W. 209, W. 210, W. 211, W. 212, W. 213, W. 214, W. 215, W. 216, W. 217, W. 218, W. 219, W. 220, W. 221, W. 222, W. 223, W. 224, W. 225, W. 226, W. 227, W. 228, W. 229, W. 230, W. 231, W. 232, W. 233, W. 234, W. 235, W. 236, W. 237, W. 238, W. 239, W. 240, W. 241, W. 242, W. 243, W. 244, W. 245, W. 246, W. 247, W. 248, W. 249, W. 250, W. 251, W. 252, W. 253, W. 254, W. 255, W. 256, W. 257, W. 258, W. 259, W. 260, W. 261, W. 262, W. 263, W. 264, W. 265, W. 266, W. 267, W. 268, W. 269, W. 270, W. 271, W. 272, W. 273, W. 274, W. 275, W. 276, W. 277, W. 278, W. 279, W. 280, W. 281, W. 282, W. 283, W. 284, W. 285, W. 286, W. 287, W. 288, W. 289, W. 290, W. 291, W. 292, W. 293, W. 294, W. 295, W. 296, W. 297, W. 298, W. 299, W. 300, W. 301, W. 302, W. 303, W. 304, W. 305, W. 306, W. 307, W. 308, W. 309, W. 310, W. 311, W. 312, W. 313, W. 314, W. 315, W. 316, W. 317, W. 318, W. 319, W. 320, W. 321, W. 322, W. 323, W. 324, W. 325, W. 326, W. 327, W. 328, W. 329, W. 330, W. 331, W. 332, W. 333, W. 334, W. 335, W. 336, W. 337, W. 338, W. 339, W. 340, W. 341, W. 342, W. 343, W. 344, W. 345, W. 346, W. 347, W. 348, W. 349, W. 350, W. 351, W. 352, W. 353, W. 354, W. 355, W. 356, W. 357, W. 358, W. 359, W. 360, W. 361, W. 362, W. 363, W. 364, W. 365, W. 366, W. 367, W. 368, W. 369, W. 370, W. 371, W. 372, W. 373, W. 374, W. 375, W. 376, W. 377, W. 378, W. 379, W. 380, W. 381, W. 382, W. 383, W. 384, W. 385, W. 386, W. 387, W. 388, W. 389, W. 390, W. 391, W. 392, W. 393, W. 394, W. 395, W. 396, W. 397, W. 398, W. 399, W. 400, W. 401, W. 402, W. 403, W. 404, W. 405, W. 406, W. 407, W. 408, W. 409, W. 410, W. 411, W. 412, W. 413, W. 414, W. 415, W. 416, W. 417, W. 418, W. 419, W. 420, W. 421, W. 422, W. 423, W. 424, W. 425, W. 426, W. 427, W. 428, W. 429, W. 430, W. 431, W. 432, W. 433, W. 434, W. 435, W. 436, W. 437, W. 438, W. 439, W. 440, W. 441, W. 442, W. 443, W. 444, W. 445, W. 446, W. 447, W. 448, W. 449, W. 450, W. 451, W. 452, W. 453, W. 454, W. 455, W. 456, W. 457, W. 458, W. 459, W. 460, W. 461, W. 462, W. 463, W. 464, W. 465, W. 466, W. 467, W. 468, W. 469, W. 470, W. 471, W. 472, W. 473, W. 474, W. 475, W. 476, W. 477, W. 478, W. 479, W. 480, W. 481, W. 482, W. 483, W. 484, W. 485, W. 486, W. 487, W. 488, W. 489, W. 490, W. 491, W. 492, W. 493, W. 494, W. 495, W. 496, W. 497, W. 498, W. 499, W. 500, W. 501, W. 502, W. 503, W. 504, W. 505, W. 506, W. 507, W. 508, W. 509, W. 510, W. 511, W. 512, W. 513, W. 514, W. 515, W. 516, W. 517, W. 518, W. 519, W. 520, W. 521, W. 522, W. 523, W. 524, W. 525, W. 526, W. 527, W. 528, W. 529, W. 530, W. 531, W. 532, W. 533, W. 534, W. 535, W. 536, W. 537, W. 538, W. 539, W. 540, W. 541, W. 542, W. 543, W. 544, W. 545, W. 546, W. 547, W. 548, W. 549, W. 550, W. 551, W. 552, W. 553, W. 554, W. 555, W. 556, W. 557, W. 558, W. 559, W. 560, W. 561, W. 562, W. 563, W. 564, W. 565, W. 566, W. 567, W. 568, W. 569, W. 570, W. 571, W. 572, W. 573, W. 574, W. 575, W. 576, W. 577, W. 578, W. 579, W. 580, W. 581, W. 582, W. 583, W. 584, W. 585, W. 586, W. 587, W. 588, W. 589, W. 590, W. 591, W. 592, W. 593, W. 594, W. 595, W. 596, W. 597, W. 598, W. 599, W. 600, W. 601, W. 602, W. 603, W. 604, W. 605, W. 606, W. 607, W. 608, W. 609, W. 610, W. 611, W. 612, W. 613, W. 614, W. 615, W. 616, W. 617, W. 618, W. 619, W. 620, W. 621, W. 622, W. 623, W. 624, W. 625, W. 626, W. 627, W. 628, W. 629, W. 630, W. 631, W. 632, W. 633, W. 634, W. 635, W. 636, W. 637, W. 638, W. 639, W. 640, W. 641, W. 642, W. 643, W. 644, W. 645, W. 646, W. 647, W. 648, W. 649, W. 650, W. 651, W. 652, W. 653, W. 654, W. 655, W. 656, W. 657, W. 658, W. 659, W. 660, W. 661, W. 662, W. 663, W. 664, W. 665, W. 666, W. 667, W. 668, W. 669, W. 670, W. 671, W. 672, W. 673, W. 674, W. 675, W. 676, W. 677, W. 678, W. 679, W. 680, W. 681, W. 682, W. 683, W. 684, W. 685, W. 686, W. 687, W. 688, W. 689, W. 690, W. 691, W. 692, W. 693, W. 694, W. 695, W. 696, W. 697, W. 698, W. 699, W. 700, W. 701, W. 702, W. 703, W. 704, W. 705, W. 706, W. 707, W. 708, W. 709, W. 710, W. 711, W. 712, W. 713, W. 714, W. 715, W. 716, W. 717, W. 718, W. 719, W. 720, W. 721, W. 722, W. 723, W. 724, W. 725, W. 726, W. 727, W. 728, W. 729, W. 730, W. 731, W. 732, W. 733, W. 734, W. 735, W. 736, W. 737, W. 738, W. 739, W. 740, W. 741, W. 742, W. 743, W. 744, W. 745, W. 746, W. 747, W. 748, W. 749, W. 750, W. 751, W. 752, W. 753, W. 754, W. 755, W. 756, W. 757, W. 758, W. 759, W. 760, W. 761, W. 762, W. 763, W. 764, W. 765, W. 766, W. 767, W. 768, W. 769, W. 770, W. 771, W. 772, W. 773, W. 774, W. 775, W. 776, W. 777, W. 778, W. 779, W. 780, W. 781, W. 782, W. 783, W. 784, W. 785, W. 786, W. 787, W. 788, W. 789, W. 790, W. 791, W. 792, W. 793, W. 794, W. 795, W. 796, W. 797, W. 798, W. 799, W. 800, W. 801, W. 802, W. 803, W. 804, W. 805, W. 806, W. 807, W. 808, W. 809, W. 810, W